

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 29

Erscheint Sonntags.  
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mk. Zur Postbezugs-  
Zustellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 18. Juli 1926

Verlag: Berlin G. 2, Neuer Markt 8-12 IV.  
Fernruf: Dierfur 8529.  
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

42. Jahrgang

## Die Freisetzung von Arbeitskräften.

Die Folgen der Rationalisierung.

Die wirtschaftliche Depression ist — so heißt es in der jüngsten Veröffentlichung des Instituts für Konjunkturforschung — die „schwarze Schicksalsstunde des Arbeiters“. Das heißt, die Wirtschaftskrise ist vom Gesichtspunkt der Unternehmer bereits überwunden, der Ertrag der Unternehmungen ist wieder gesichert. Dividenden können in Aussicht gestellt werden, die Aktienurse dieser Unternehmungen sind im Steigen begriffen. Auf dem Arbeitsmarkt hingegen sieht man keine Spur einer Besserung; dort herrscht weiter Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Treffend wird diese Lage illustriert durch die Ankündigung des neuen Montantrustes „Vereinigte Stahlwerke“ über die heutige „gebesserte Wirtschaftslage“, die für das nächste Geschäftsjahr eine angemessene Dividende erhoffen läßt. Am selben Tage gibt das Landesarbeitsamt in der Rheinprovinz seiner Meinung dahin Ausdruck, daß der Tiefstand auf dem Arbeitsmarkt noch bei weitem nicht erreicht ist, weil infolge der Konzentration der Produktion in wenige Arbeitsstätten mit weiteren Stilllegungen von Betrieben zu rechnen sei. In dieser Tatsache ist die Folge der Rationalisierung der Produktion ersichtlich. Die Neuorganisation der Industrie, ihre Konzentration sowohl in finanzkapitalistischer wie technisch-organisatorischer Hinsicht, ist mit einem Abbau des Personals verbunden, welcher weit über den Rückgang des Produktionsumfangs hinausgeht. So erklärt es sich, daß trotz Steigerung der Produktion keine Erleichterung auf dem Arbeitsmarkt eintreten kann.

Zum gleichen Ergebnis, der Steigerung der Arbeitslosigkeit, führt die fortschreitende Einführung von arbeitssparenden Maschinen. Man kann mit Recht von einer neuen industriellen Revolution im technischen Sinne reden, ähnlich der in den Frühzeiten des Kapitalismus, als die Maschine zum erstenmal in die Produktion eingeführt wurde. Man muß sich nun fragen, weshalb die technische Entwicklung in den letzten Jahren einen solchen Aufschwung genommen hat? Es kann kein reiner Zufall sein, daß die Erfindungsenergie der Techniker sich gerade in letzter Zeit derart angepannt auf den Ausbau neuer arbeitssparender Maschinen gerichtet haben. Vor allem wirkte der Krieg und die Notwendigkeiten der Kriegführung sowie der Mangel an Arbeitskräften infolge der Einziehung von Arbeitern zur Armee in dieser Richtung. Daneben waren aber in den einzelnen Ländern noch spezielle Ursachen für diese Entwicklung verantwortlich, welche durch die weltwirtschaftlichen Fernwirkungen auch für andere Länder verhängnisvoll geworden sind. Vier solcher Ursachen sollen hier angeführt werden: 1. Die Einschränkung

der Einwanderung in die Vereinigten Staaten, wodurch dort unter Berücksichtigung der durch den Reichtum des Landes ermöglichten Erweiterung der Produktion ein Arbeitermangel entstanden ist. In dieser Situation richtete sich das Augenmerk aller Techniker darauf, durch Umgestaltung der Industrieorganisation und Erfindung arbeitssparender Maschinen Arbeitskräfte entbehrlich werden zu lassen. Bekanntlich ist die Einführung der arbeitssparenden Maschinen vor allem in den Vereinigten Staaten zu einem bestimmenden Moment der neuesten Wirtschaftsentwicklung geworden. 2. Der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Frankreich war ebenfalls ein Antrieb, in diesem Lande, wo infolge der Stagnierung der Bevölkerung ebenfalls Arbeitermangel besteht, die Einführung arbeitssparender Maschinen zu fördern. Die an Stelle der zerstörten erbauten neuen Betriebe wurden auf der modernsten Stufe der Technik eingerichtet, es wurden die neuesten Modelle arbeitssparender Maschinen eingeführt. 3. Die relativ hohe Lohnlage im Vergleich zu den Löhnen anderer Länder war ebenfalls in einigen Ländern, wie z. B. in Schweden, ein Antrieb zur Erfindung und Einführung von arbeitssparenden Maschinen; dieser Gesichtspunkt spielte auch bei der Entwicklung in den Vereinigten Staaten mit. 4. Als Reaktionserscheinung auf die Inflation wurde gleichfalls zur Einführung von arbeitssparenden Maschinen geschritten. Dies ist so zu verstehen, daß in der Inflation die Produktionskosten in einer Anzahl von Ländern dank der niedrigen Inflationslöhne sanken, wodurch die Länder mit guter Valuta im internationalen Konkurrenzkampf ins Hintertreffen gerieten. Um den Vorsprung der Inflationsländer bis zu einem gewissen Grade auszugleichen, waren die Länder mit höheren Reallohnen und deshalb höheren Produktionskosten an der Einführung von arbeitssparenden Maschinen hochgradig interessiert. So war für die Technik ein allgemeiner Antrieb zu neuen Erfindungen vorhanden. Infolge der Verflochtenheit der einzelnen Volkswirtschaften mit der gesamten Weltwirtschaft ist nun diese Tendenz zur Rationalisierung der Produktion für alle Industrieländer zu einer zwingenden Notwendigkeit geworden, wenn ein Land im internationalen Konkurrenzkampf nicht endgültig zurückbleiben wollte. In der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist der Unternehmer bei Strafe seines Unterganges gehalten, seinen Betrieb derart auszubauen, daß er konkurrenzfähig bleibt. Innerhalb der nationalen Wirtschaft gibt ihm die Kartellorganisation die Möglichkeit, diesen Prozeß nicht im vollen Umfang durchzuführen. In der Weltwirtschaft gibt es aber all-

gemeine Kartellorganisationen in diesem Umfang noch nicht, und deshalb besteht ein absoluter Zwang der einzelnen nationalen Wirtschaftszweige, die Betriebe derart zu rationalisieren, daß sie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben. (Schluß folgt.)

## Entscheidungen zu unseren Reichstarifverträgen.

VDB.

Mit dem Verband Deutscher Buchbindereibesther ist ein neuer Reichstarif abgeschlossen worden.

Im Anschluß an unseren Bericht in Nr. 28 der „Buchbinder-Zeitung“ können wir berichten, daß die am 9. Juli vor dem Schlichtungsausschuß im Reichsarbeitsministerium geführten Verhandlungen nun doch zum Abschluß eines neuen Reichstarifes geführt haben. Eingangs der Verhandlungen hatte es nicht den Anschein, daß es möglich sein würde, auf dem Wege der Vereinbarung zu einem brauchbaren Ergebnis zu kommen. Gelegentlich der letzten Parteiverhandlungen war von den Unternehmern zum Ausdruck gebracht worden, daß sie der Lohnstaffel, des Lohnes und der Feiertagsbestimmung wegen eine Entscheidung durch einen Schlichtungsausschuß herbeiführen würden. Unsere Vertreter waren daher auf das höchste überrascht, als der Vertreter der Unternehmer eingangs der Schlichtungsverhandlungen erklärte, daß neben den erwählten Fragen auch die Arbeitszeit, insbesondere aber der ganze Akkordtarif, zum Gegenstand des Streites gemacht werden müsse. Diese neue taktische Maßnahme war zweifellos darauf zurückzuführen, daß zu den Schlichtungsverhandlungen neue Unternehmervertreter hinzugezogen worden waren. Es waren nämlich ganz plötzlich wieder einmal Herr Wübben von Berlin und Herr Jablonki, in Firma Bleistein, Berlin, erschienen. Diese beiden „Berliner Größen“ spielen seit geraumer Zeit überhaupt eine recht eigentümliche Rolle. Insbesondere Herr Jablonki entwickelt sich immer mehr zu einem Scharfmacher allerbesten Art. Die ganze Art seines Auftretens macht einen so peinlichen Eindruck, daß unsere Vertreter wiederholt Veranlassung nehmen mußten, ihm energisch entgegenzutreten. Bei den diesmaligen Verhandlungen bot sich keine rechte Gelegenheit zu einer besonderen Auseinandersetzung mit diesen beiden Herren. Bei einer passenderen Gelegenheit aber werden unsere Vertreter einmal mit diesen Leuten Fraktur reden müssen. Bei den eigentlichen Parteiverhandlungen, wo es gilt, in Rede und Gegenrede eine für beide Teile tragbare Lösung vorliegenden Differenzen zu finden, lassen sich diese beiden Herren in der Regel nicht sehen, da überlassen sie großmütig die Arbeit den anderen. Hinterher sind sie dann aber da. Sie machen dann die Folgen, selbstverständlich zum Verschrecken für die anderen, erheben Vorwürfe gegen ihre Vertreter, weil dieselben nicht genügend Energie gegen die Gewerkschaftsvertreter entwickelt usw. Das alles geschieht so offen und rücksichtslos, daß man auf unserer Seite gar nicht im Zweifel sein kann über die Ursachen der immer größer werdenden Schwierigkeiten bei den Tarifverhandlungen.

Die beiden Scharfmacher sind aber auch diesmal nicht auf ihre Rechnung gekommen, denn ihre Forderung auf Lohnaufbau und Reduzierung der Akkordpreise konnte von unseren Vertretern abgewehrt werden. Es wurde nach achtstündiger Verhandlung nachstehende Vereinbarung getroffen:

I. Der Reichstarifvertrag für das Deutsche Buchbindergewerbe (VDB-Tarif) vom 26. Juni

1925 wird unter Einfluß derjenigen Abänderungen, über welche zwischen den Parteien bereits eine Einigung erzielt ist, mit der aus den folgenden Bestimmungen sich ergebenden Maßgabe aufrechterhalten:

1. Ziffer 3 (Anmerkung): In Satz 2 muß es statt „12½ Prozent“ „10 Prozent Zuschlag“ heißen.  
2. In Ziffer 23 erster Absatz werden bei „11 Arbeiterinnen“ folgende Prozentzahlen eingeführt:

Unter 16 Jahren:

- a) im 1. Berufsjahr 26 Prozent
- b) im 2. Berufsjahr 33 Prozent

Ungeübte über 16 Jahre:

- a) im 1. Halbjahr 33 Prozent
- b) im 2. Halbjahr 40 Prozent

Gelernte Arbeiterinnen,

die nachweislich mindestens ein Jahr in gleichartigen Betrieben tätig waren:

- a) im 1. Jahr in dieser Gruppe 47,5 Prozent
- b) im 2. Jahr in dieser Gruppe 52,5 Prozent
- c) nach dem 2. Jahre 60 Prozent

3. Ziffer 23 letzter Absatz:

Die Prozentzahlen bei den Ortsklassen III bis VI ändern sich dahin:

Zu III	92 Prozent
Zu IV	88 Prozent
Zu V	84 Prozent
Zu VI	80 Prozent

Bestehende Arbeitsverträge werden hierdurch nicht berührt.

4. Die in den Ortsklassen III, IV, V und VI fallenden Orte, welche in dem Ortsklassenverzeichnis des Api-Tarifses einen Stern (\*) haben, erhalten, soweit dies bisher nicht der Fall ist, auch in dem Ortsklassenverzeichnis des WDB-Tarifses einen Stern (\*).

5. Ziffer 64 kommt in Fortfall.

II. Die zu I. getroffene Regelung gilt bis zum 30. Juni 1927.

III. Das bisherige Lohnabkommen wird bis zum 12. Januar 1927 verlängert. Die sich aus I. ergebenden Änderungen des Lohnarifes treten vom 8. Juli 1926 ab in Kraft.

### Wappindustrie.

Wegen Verlängerung des derzeitigen Lohnarifes haben seit Wochen unter den beteiligten Verbänden Erörterungen stattgefunden. Unter dem 7. Juli ist es nunmehr mit dem Arbeitgeberverband zu nachstehender Vereinbarung gekommen:

„Der derzeitige Reichslohnariff für die Wappindustrie wird bis zum 31. Januar 1927 verlängert. Er läuft jeweils um drei Monate weiter, wenn er nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Die Kündigung kann erstmals am 31. Dezember 1926 zum 31. Januar 1927 ausgesprochen werden.“

### Entscheidung des Tarifsamtes für das deutsche Buchbindergewerbe (Api).

Berlin, den 22. Juni 1926.

Streitfall 26. Die Arbeitnehmer der Firma R. und B. in Hamburg hatten bei dem örtlichen Schiedsgericht Klage geführt wegen angeblich nicht tariflicher Bezahlung der Feiertage und Ferien. Die Firma wollte nur den reinen Tariflohn zahlen, während die Arbeitnehmer unter Hinweis darauf, daß es in der Ziffer 49 heißt, die Bezahlung erfolgt nach den Grundlöhnen, einschließlich etwaiger Teuerungszulagen, die Meinung vertraten, daß der Tariflohn plus Leistungszulage zu zahlen sei.

Das örtliche Schiedsgericht war der Auffassung der Arbeitnehmer beigekommen und hatte die Firma verurteilt, den Klageantrag entsprechend zu bezahlen. Wegen dieses Urteils hatte die Firma Berufung bei dem Tarifamt eingelegt.

Die Entscheidung ging dahin:

1. Die Entscheidung des Tarifschiedsgerichtes Hamburg wird aufgehoben.

2. Der Anspruch des Verbandes der Buchbinder und Papierarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Hamburg-Altona, gegen die Firma Nielsen u. Bartenwerffer wird als unbegründet zurückgewiesen.

Begründung: Gemäß Abschnitt IX Ziffer 40 und Abschnitt X Ziffer 49 des Reichstarifvertrages vom 17. Februar 1926 hat die Bezahlung der Ferien und der Feiertage nach den in den Zusatzverträgen

festgesetzten Grundlöhnen, einschließlich etwaiger Teuerungszulagen, zu erfolgen.

Der Tarifvertrag sagt zwar nicht, was unter „Teuerungszulagen“ zu verstehen ist. Aus der Entstehungsgeschichte des Vertrages geht aber zweifelsfrei hervor, daß es sich nur um solche Zulagen handeln kann, die zwischen den Vertragsparteien des Tarifvertrages neben den Grundlöhnen vereinbart werden. Die Auffassung des Antragsgegners, daß auch die zwischen einer Firma und den einzelnen Arbeitern im Einzelarbeitsvertrag vereinbarten Leistungszulagen ebenfalls als Teuerungszulagen im Sinne des Tarifvertrages anzusehen sind, findet dagegen in dem Wortlaut des Vertrages keine Stütze.

Wenn die Firma Nielsen u. Bartenwerffer bisher bei der Bezahlung der Ferien und der Feiertage die mit jedem Arbeiter vereinbarten Stundenlöhne zugrunde gelegt, d. h. etwaige über die tariflichen Sätze hinausgehende Zulagen in die Vergütung einbezogen hat, rechtfertigt dieses eine andere Auslegung der Bestimmungen des Reichstarifvertrages nicht.

Sofern es sich dabei um Arbeitnehmer handelte, die bereits am 16. Juni 1923 mindestens 10 Jahre ununterbrochen bei der Firma beschäftigt waren, bestand hierzu bis zum 1. März d. J. eine tarifliche Verpflichtung, da die besseren Verhältnisse in der Ferien- und Urlaubsbezahlung nach den Bestimmungen des Reichstarifvertrages vom 27. September 1924 Abschnitt IX Ziffer 41 Absatz 2 und Abschnitt X Absatz 2 bestehen bleiben sollten.

In den am 1. März d. J. in Kraft getretenen Reichstariff vom 17. Februar 1926 sind diese Bestimmungen aber nicht mehr aufgenommen.

### Die Arbeitslosigkeit, Wege und Aufgaben ihrer Bekämpfung.

Deutschland steht vor der Gefahr, daß die überaus ernste Arbeitslosigkeit zu einer chronischen wird. Trotzdem die Sommermonate sonst regelmäßig eine beträchtliche Besserung des Arbeitsmarktes bringen, sank die Zahl der unterstützten Erwerbslosen von etwas über zwei Millionen im Februar bis März nur auf etwa 1,7 Millionen. Von den in unseren Gewerkschaften organisierten Arbeitnehmern waren arbeitslos Kurzarbeiter vollbeschäftigt

Ende Februar	22,1 Proz.	21,3 Proz.	56,6 Proz.
Ende März	21,7	21,3	57,0
Ende April	18,7	18,4	62,9
Ende Mai	18,2	17,9	63,9

In den letzten Wochen steigt die Zahl der Unterstützten erneut. Es zeigt sich in den typischen Industrien und Industriebezirken, daß die Stilllegungen und Betriebseinschränkungen noch nicht abgeschlossen sind. Es besteht die dringende Gefahr, daß im Herbst die Zahl der Erwerbslosen außerordentlich ansteigen wird, so daß im Winter sicher weit über zwei Millionen Erwerbslose Unterstützung beziehen müssen, ungerechnet die zahlreichen Erwerbslosen, die als angeblich „nicht bedürftig“ von der Unterstützung ausgeschlossen sind.

Diese vor allem aus dem allgemeinen Nachlassen der Kaufkraft, der besonderen Störung der europäischen Märkte und nicht zuletzt durch die Verdrängung von früheren Absatzmärkten infolge der fortschreitenden Industrialisierung ehemaliger Kolonialgebiete entstandenen Krise der europäischen Industriedörfer wird verschärft:

1. Durch das gegen früher stärkere Hineindringen von Volksteilen als Arbeitnehmer in die Produktion (Deutschland hatte 1924 rund 19 Millionen Krankenversicherungspflichtige gegen etwa 16½ Millionen im Jahre 1913). Eine gleiche Erscheinung ist auch in anderen Ländern, vor allem England, zu beobachten.

2. Durch die schnell steigende organisatorische und technische Rationalisierung der Produktion. Die Wirkungen des langen Krieges revolutionierten die Produktion, rissen Kolonialländer aus der Beherrschung und beschleunigten in den Industrieländern die Technisierung und betriebsorganisatorische Verbesserungen. Dieser Prozeß wird sich mit einer der Entwicklung innewohnenden Beschleunigung immer mehr steigern und alle Industrieländer erfassen.

Deutschland steht seit der Stabilisierung in dieser überaus bedeutsamen technischen, betriebswirtschaftlichen und betriebsorganisatorischen Entwicklung der

Produktion, die sich zunächst aus Kapitalmangel langsam anbahnte, neuerdings aber ein sich schnell steigendes Tempo zeigt. Damit gerät unsere Produktionskapazität in ein steigendes Mißverhältnis zur Summe der sich anbietenden Arbeitskräfte, weil der durch die geringe Kaufkraft begrenzte Konsum der Massen hinter dem Leistungsgrade unserer Produktion zurückbleibt. Dadurch verhärtet sich die Arbeitsmarktlage. Immer größere Massen werden allein schon als Folgeerscheinung der technischen und organisatorischen Rationalisierung arbeitslos. Während die typischen Erscheinungen der Wirtschaftskrise (Konkurse, Wechselproteste, Zinsrate usw.) immer mehr zurücktreten, droht der starke Ueberfluß an Arbeitskraft, wie auch in anderen Wirtschaften, insbesondere in der englischen Wirtschaft, auch in Deutschland zu einer Dauererscheinung zu werden.

Dieser Zustand zwingt zu durchgreifenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Bleiben solche aus, so muß die Krise zur Dauerkrise stärksten Ausmaßes werden und zu großen staatspolitischen Störungen führen. Ohne Hebung der Kaufkraft, also des Verhältnisses zwischen Lohn und Warenpreis und dadurch steigenden Konsums ist das Problem nicht zu lösen. Heute hindert noch die kurzfristige und egoistische Einstellung der Produzenten und Händler, begünstigt durch Kartelle und Preisconventionen, daß sich die verbilligenden Produktionsmaßnahmen in sinkende Warenpreise umsetzen. Ohne auf weite Sicht gerichtete planvolle wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Erhöhung der Kaufkraft und Hebung des Konsums ist eine Behebung des Arbeitsmarktes unmöglich. Dazu gehört in erster Linie eine planmäßig auf angemessene Erhöhung der Löhne gerichtete Lohnpolitik, Verzicht auf Zölle und weitere Mietsteigerung, Senkung der Warenpreise durch Rationalisierung, verbunden mit weitgehender Beschränkung der Profitrate.

Aber Hauptaufgabe ist, sofort die akute Not der mehr als zwei Millionen Erwerbslosen zu überwinden. In erster Linie durch Arbeitsbeschaffung. Die von den Gewerkschaften stets erhobene Forderung: werbeschaffende öffentliche Arbeiten, die meist ohnehin dringend nötig sind und in absehbarer Zeit durchgeführt werden müssen, in die arbeitsarme Zeit vorzulegen, den Wohnungsbau zu verstärken, Oedlandkultur und Bodenverbesserung größeren Stills zu betreiben usw. ist vom Reichstag anerkannt. Aber das aufgestellte Programm muß schnellstens durchgeführt werden.

Ohne die schnelle Lösung der Finanzfrage bleibt es ein leeres Versprechen, das niemanden satt macht. Es ist bedenklich, daß bereits jetzt die Zahl der bei Notstandsarbeiten beschäftigten Erwerbslosen gegen den Vormonat von 170 000 auf 154 000 gesunken ist, weil einige Länderregierungen glauben, nicht lausend die nötigen Mittel aufbringen zu können. Helfen kann nur der Weg der Anleihe der nötigen Mittel, eventuell im Ausland.

Aber auch schnelle und ausgiebige Mittelbeschaffung würde nicht helfen, wenn es nicht zugleich gelingt, den fürchterlichen, die Durchführung von Notstandsarbeiten verschleppenden Instanzenzug zwischen Reich, Land, Provinz, Bezirk, Gemeinde und hier wieder jeweils zwischen den zahllosen über-, unter- und nebengeordneten Behörden, Kammern und Geschäftsstellen endlich radikal beseitigt zu werden. Die Durchführung der Notmaßnahmen schreit nach Rationalisierung des Behördenapparates. An die Stelle der zahllosen, sich gegenseitig hemmenden Instanzen müssen wenige aber mit starken Befugnissen ausgestattete Behörden treten.

Da diese Maßnahmen, auch wenn schnell und in vollem Maße durchgeführt, allein nicht genügen und immer noch viele Hunderttausende, sicher sogar die weitaus größere Zahl der Erwerbslosen, ohne Arbeit lassen, muß das System der geldlichen Unterstützung verbessert und ausgebaut werden.

Die Beschaffung der Mittel für die unterstützten Erwerbslosenfürsorge (heute samt Verwaltung, öffentliche Arbeitsnachweise und Krankenversicherung der Erwerbslosen rund 110 Millionen Mark monatlich), ist sicherlich eine ernste Belastung der Gesamtwirtschaft. Aber sie ist selbst bei einer durch Verbesserung der Unterstützung entfallenden Steigerung nicht

# Regierung, Reichstag und die Arbeitslosen.

Das Arbeitslosenproblem wird immer dringlicher. Nicht eine Verminderung, sondern eine Erhöhung der Arbeitslosenziffer ist in dieser saisonmäßig günstigen Zeit zu verzeichnen. Trotzdem beharrt die deutsche Öffentlichkeit in großer Ruhe. Man macht sich wenig Gedanken darüber, wie man das fressende Geschwür einer solchen riesigen Arbeitslosigkeit, die nach den Worten des Reichsarbeitsministers bis zum Jahre 1929 in unermindelter Schärfe anhalten dürfte, zu beseitigen gedenkt. Die brachliegenden Produktionskräfte können mit einem Nutzwert von vier Milliarden Mark beziffert werden. Das ist das Doppelte dessen, was wir nach zwei Jahren an Reparationen zu zahlen haben. Der Inlandsmarkt wird dadurch verengt und die Arbeitslosigkeit trägt so zu ihrer eigenen Verschlimmerung bei. Den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei ist es nicht zuletzt zu danken, daß Reichstag und Regierung sich nunmehr dem Arbeitsproblem zuwenden. Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags hat sich in eingehenden Untersuchungen mit der Arbeitslosigkeit und ihrer Behebung beschäftigt. Der Ausschuss kommt zu prinzipiellen Vorschlägen, auf welche Art mindestens 500 000 Arbeitslose mit produktiven Notstandsarbeiten beschäftigt werden können. Als solche Notstandsarbeiten werden bezeichnet:

1. Straßenbau und Erneuerung der Straßenbedecken.
2. Kultivierung von Dedlandsflächen.
3. Schiffbarmachung deutscher Flüsse und Kanalbauten.
4. Fluß- und Bachregulierungen.
5. Stauanlagen, Schutzdämme usw. gegen Hochwasser.
6. Anlagen zur Gewinnung von Wasserkräften.
7. Wohnungsbau.
8. Elektrifizierung der Eisenbahn.

In der Reichstagsitzung vom 28. Juni gab der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns über die von der Regierung in Aussicht genommenen Maßnahmen zur Vinderung der Arbeitslosigkeit eine längere Erklärung ab. Der Minister und damit wohl auch die Regierung sind der Meinung, daß vor dem Jahre 1929, wo der Geburtenausfall während des Krieges auf dem Arbeitsmarkt in Erscheinung tritt, eine Besserung des

Arbeitsmarktes in neuemwertem Umfange nicht zu erwarten ist. Dr. Brauns weist auf die Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt hin und stellt fest, daß von 1 062 000 Hauptunterstützungsempfängern am 15. Dezember 1925 am 15. Juni noch 25 Proz. Unterstützung bezogen. Aus diesen Feststellungen glaubt der Minister folgern zu müssen:

1. daß die Arbeitslosenunterstützung die Aufnahme der Arbeit nicht behindert hat; deshalb durfte und mußte sich die Regierung auch zur Fortführung der gegenwärtigen Unterstützung in ihrer Art und Höhe entschließen.
2. folgte aus der Statistik, daß eine besondere Fürsorge für die Auszusteuernenden, deren Zahl im Spätjahr immerhin beträchtlich sein kann, unbedingt erforderlich ist und rechtzeitig vorbereitet sein muß. Angesichts der Fortdauer der Kurzarbeit muß insbesondere auch die Kurzarbeiterunterstützung vorläufig fortgesetzt werden.

Die Zahl der in Notstandsarbeiten beschäftigten Erwerbslosen stieg von 27 870 am 15. Dezember 1925 auf 170 105 am 15. Mai 1926. Die Reichsregierung verspricht ferner, daß sie gemäß den Vorschlägen des volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages die produktive Erwerbslosenfürsorge fördern will.

Der Berichterstatter des volkswirtschaftlichen Ausschusses und Redner der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hieß die von der Regierung abgegebene Erklärung im großen und ganzen gut und machte Vorschläge zu weiteren Maßnahmen. In einer Entschließung des volkswirtschaftlichen Ausschusses, die vom Reichstag angenommen wurde, wird die Reichsregierung ersucht, in bestimmten Zeiträumen eine Uebersicht über die getroffenen Maßnahmen zu geben.

Regierung und Reichstag haben gesprochen. Es ist möglich, daß damit die Arbeitslosigkeit in ihren schlimmsten Auswüchsen gemildert werden kann. Dennoch bleibt das Problem noch auf Jahre hinaus ungelöst. Es ist noch nicht zu ersehen, wie sich die Rationalisierungsmaßnahmen der Industrie in Zukunft auf dem Arbeitsmarkt auswirken werden. Die Gewerkschaften werden weiter auf dem Posten sein müssen und Mittel und Wege suchen, damit die deutsche Arbeiterchaft diese furchtbare Periode ohne großen Schaden überstehen kann.

unerträglich. Für die Aufgabe, mehr als zwei (mit den Familien mehr als vier) Millionen ihrer Mitglieder, die ihr einziges Gut, ihre Arbeitskraft, nicht nutzen können, die um der Reorganisation dieser Wirtschaft willen subsistenzlos sind, zu erhalten und vor dem Verfinken zu bewahren, muß die Gesellschaft die nötigen Opfer bringen. Uebersteigen die notwendigen Kosten die verfügbaren Mittel, so müssen an anderer Stelle Ersparnisse gemacht oder es müssen weitere Finanzquellen geöffnet werden.

## Der ADGB zur Arbeitslosenfrage.

Die immer härter auf dem Volk lastende Arbeitslosigkeit hat den ADGB. erneut veranlaßt, auf der letzten Tagung der Bundesauschussführung in Düsseldorf zu dem Arbeitslosenproblem Stellung zu nehmen. Nach eingehender Aussprache wurde dann folgende Resolution angenommen:

„An der Erkenntnis, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland — als Folgeerscheinung einer von den Gewerkschaften bekämpften nationalen und internationalen Wirtschaftspolitik — eine schwere Gefahr für Volk und Volkswirtschaft nach auf lange Sicht hin bedeuten wird, haben die Gewerkschaften schon beizuteilen umfassende Gegenmaßnahmen gegen eine weitere Verschlechterung des Arbeitsmarktes und ausreichende

Schutzmaßnahmen für die von der Arbeitslosigkeit Betroffenen gefordert.

Trotz dieses Drängens ist bisher weder eine der heutigen Lage entsprechende Arbeitslosenversicherung geschaffen, noch sind wirklich einschneidende Maßnahmen getroffen worden, um die Arbeitsgelegenheiten in Deutschland für die große Masse der Erwerbslosen fühlbar zu vermehren.

Das mangelhafte System der einheitlichen Unterstützungssätze wird bis zur Einführung eines Versicherungssystems nicht entbehrt werden können. In Anbetracht der fortschreitenden Verelendung breiter Schichten muß jedoch eine Erhöhung der Unterstützungssätze ebenso sehr aus sozialen wie aus wirtschaftlichen Gründen gefordert werden. Weiter ist zu fordern die Abschaffung der auch nach Aussage zuständiger amtlicher Stellen nicht mehr haltbaren Bedürftigkeitsprüfung, ferner eine Unterstüfung der Arbeitslosen für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit und eine Ausdehnung der Kurzarbeiterfürsorge.

Die Gewerkschaften begrüßen es, daß die Bedeutung der produktiven Erwerbslosenfürsorge für die Behebung der Erwerbslosigkeit auch vom Reichstag in seinen jüngsten Beschlüssen anerkannt worden ist. Das von ihm aufgestellte Programm für die

Durchführung werteschaffender Arbeiten entspricht den oft und mit Nachdruck betonten gewerkschaftlichen Forderungen.

Unbedingt muß jetzt aber erwartet werden, daß der ernsthafteste Wille zur Verwirklichung dieser Pläne bald durch die Tat bekundet wird. Hierzu wird eine großzügige Finanzierung, nötigenfalls durch Inanspruchnahme von Auslandskrediten, sowie eine entschlossene Beseitigung der Widerstände und Kompetenzstreitigkeiten in der Verwaltung erste Voraussetzung sein. Die Gewerkschaften werden ihrerseits nicht ablassen, mit allen Mitteln auf die sofortige Inangriffnahme dieser wichtigen Aufgaben der Gegenwart hinzuwirken.“

## Der Arbeitsmarkt im Juni.

Die Zahl der Arbeitslosen hat sich gegenüber dem Vormonat um 1100 erhöht und ist damit auf den Stand vom April wieder gestiegen. Dagegen ist die Kurzarbeiterziffer um 1100 gesunken, so daß insgesamt die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter sich gegenüber dem Vormonat die Waage hielten. Ebenso lassen die Wertstufenberichte über den Geschäftsgang in den Betrieben eine wesentliche Besserung der Konjunktur erkennen. Während im Vormonat noch 37 Proz. der von diesen Berichten Erfassten schlechten Geschäftsgang hatten, fiel deren Zahl jetzt auf 30 Proz.; dagegen stieg die Zahl der gut Beschäftigten von 14 auf 30 Proz.

Im einzelnen wurden festgesetzt, 2720 gleich 16,1 Proz. männliche und 5680 = 17,3 Proz. weibliche arbeitslose Mitglieder, insgesamt also 8400 oder 16,8 Proz. In Kurzarbeitern wurden insgesamt 17 100 = 34,5 Proz. ermittelt, die sich auf 48 Orte verteilten. Davon waren 5300 = 31,3 Proz. männlichen und 11 810 = 36 Proz. weiblichen Geschlechts. An Arbeitslosen und Kurzarbeitern kommen somit 25 510 = 51,4 Proz. der Mitglieder in Betracht, so daß also kaum die Hälfte der letzteren voll beschäftigt waren.

Von einigen der größten Zahlstellen wiesen auf:

	Mitglieder:	Arbeitslose:	Kurzarbeiter:
Berlin	6934	1115	3713
Leipzig	6650	1280	4513
Dresden	4314	937	1465
Hamburg	2477	404	90
Hannover	1985	620	755
Stuttgart	1718	278	1070
Nürnberg	1760	482	382
München	1710	101	312

Die Mitgliederzahl ist um etwa 500 zurückgegangen und betrug am Stichtage 49 700.

Den Bericht der Reichsarbeitsverwaltung über die Gesamtlage des deutschen Arbeitsmarktes vom April d. J. endete mit der Erwartung, daß in der nächsten Zeit die deutsche Arbeitslosigkeit eine langsame Verminderung erfahren würde. Tatsächlich hat die Zahl der unterstützten Erwerbslosen, die am 1. März 2 056 000 betragen hatte, sich vermindert auf 1 942 000 zu Anfang April, 1 784 000 zu Anfang Mai, 1 742 000 zu Mitte Mai. Das ist allerdings noch lange kein Beweis für eine Besserung des Arbeitsmarktes. Sie ist seither wieder etwas gestiegen und stellte sich am 15. Juni auf rund 1 1/2 Millionen. Die Entwicklung verläuft für die beiden Geschlechter verschieden. Männer waren am 1. Februar 1 773 000, am 1. Juni 1 420 000 erwerbslos. Frauen am 1. Februar 257 000, am 1. Juni aber 324 000. Entsprechend der Verminderung der männlichen Unterstützungsempfänger ist die Zahl der Zuschlagsempfänger, das heißt der unterstützungsberechtigten Angehörigen, verhältnismäßig stark, nämlich von 2 331 000 am 15. Februar auf 1 754 000 am 1. Juni zurückgegangen.

Ich habe in meinem langen Leben, unter wechselvollen Schicksalen die ganze Richtigkeit des Jrdischen und die Nichtwürdigkeit der Menschen erkannt, aber nie darüber vergessen, in der Menschheit selbst einen göttlichen Funken, ein erhabenes Etwas anzutaunen und zu verehren.  
Marc Aurel.

# Gewerkschaftsbewegung und Achtfundentag.

Von Peter Grafmann.

(A. G. B.) Die Lage der arbeitenden Klasse in jedem Lande ist weniger abhängig von dem Maße politischer Freiheit, dessen sich das betreffende Volk erfreut, als von dem Einfluß, den die Arbeiterklasse auf die wirtschaftlichen Verhältnisse ausüben vermag. So wertvoll der Stimmzettel ist, den der Arbeiter bei Wahlen zugunsten des sozialen Fortschritts abgibt — dauernde Erfolge, namentlich in bezug auf die Respektierung sozial-fortschrittlicher Gesetze, sind nur dort zu erzielen, wo die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, die Gewerkschaften, als starke Faktoren Gesetzgebung und Verwaltung vorwärts treiben und kontrollieren. Vielfach sanktionieren Gesetze nur einen bereits praktisch erreichten Zustand.

Das ist bestimmt der Fall in der Frage der Arbeitszeitverkürzung. Wenn nach Beendigung des Weltkrieges in einer Reihe von Staaten der Achtfundentag seine mehr oder minder prägnante gesetzliche Fixierung erfuhr, dann handelt es sich weniger um Ergebnisse politischer Umwälzungen oder um Maßnahmen, die aus Besorgnis vor solchen erfolgten, sondern vielmehr um die gesetzliche Anerkennung bereits vorausgegangener gewerkschaftlicher Errungenschaften. Umgekehrt zeigt — als Beweis für die Wichtigkeit des Vorstehenden — die seit 1922 einkehrende Schwächung der Position der Arbeiterklasse, daß mit den Schäden aus der Verschlechterung der Währung, aus Absatzschwierigkeiten, aus der Uneinigkeit der Arbeiterschaft usw., auch das Sinken der Löhne und die Verlängerung der Arbeitszeit untrennbar verbunden ist. Auch die besten Grundzüge sind auf die Dauer unwirksam, wenn die Macht der Arbeiter nicht ausreicht, ihre strikte Durchführung zu überwachen.

Es bedeutet daher keine negierende Kritik

an internationalen Übereinkommen und Einrichtungen, wenn man behauptet, daß trotz des Vorhandenseins beider der Stand des Achtfundentages bis zu einem gewissen Grade der Wertmesser für den Stand der Gewerkschaftsbewegung ist. Gibt man das zu, dann kann man nicht leugnen, daß die internationale Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren Boden verloren hat, den sie zurückgewinnen muß. Den kulturellen Wert des Achtfundentages erneut zu beweisen, wäre mehr als überflüssig, auch schon deshalb, da inzwischen die Erkenntnis seines wirtschaftlichen Wertes auch in den Kreisen der Wissenschaftler und Unternehmer zunimmt. Daraus folgt nun nicht, daß letztere überall freiwillig eine Arbeitszeitverkürzung zugehen werden.

Was auf sozialem Gebiete erreicht wurde, ist das Ergebnis opfervoller Kämpfe, ist die Frucht zähen gewerkschaftlichen Ringens. Je stärker wir in den Gewerkschaften werden an Zahl der Mitglieder, an baren Mitteln, an Weckung und Belegung des Kampfergeistes, je vertrauensvoller und inniger unsere internationalen Bindungen werden, je mehr eine Berufsgruppe die andere, eine Landeszentrale die übrigen stützen kann, desto schneller und nachhaltiger Erfolge werden wir erzielen.

Die Wiederkehr des Tages, an dem vor 25 Jahren unsere Gewerkschafts-Internationale gegründet wurde, die Erfahrungen in dieser Zeit, besonders in den letzten Jahren, sollten uns alle bewegen, unsere ganze Kraft für die Stärkung unserer Gewerkschaften, für die Gewinnung der uns noch Fernstehenden, für den nationalen und internationalen Zusammenschluß einzusetzen — unter dem Zeichen des Achtfundentages für die Arbeiter der ganzen Welt!

## Ansammlung oder Verband?

Es gibt überall den Zusammenschluß, wo sich nur Leben regt, und je mehr die Wissenschaft dies erkannte, um so mehr bildete sich z. B. eine Soziologie der Tiere, die noch jung ist, aber deren Existenz schon zeigt, daß Zusammenleben, Aneinanderleben, soziales Leben das Charakteristikum des Lebens überhaupt ist.

Und diese Wissenschaft von der Soziologie der Tiere unterscheidet nun bei den Tieren zwischen Ansammlungen (Assoziationen) und Verbänden (Sozietäten). Bei der Ansammlung halten das Milieu, das Licht, die Wärme, die Nahrung die Tiere zusammen. Das Tier schließt sich nicht an seinesgleichen an, sondern es bindet sich an das Milieu und damit schließt es sich indirekt zusammen mit den anderen Tieren, die auch das gleiche Milieu zusammenhält.

Aber Verbände sind Verbindungen von Wesen zu Wesen, und erst in zweiter Linie kommen die Lebensfaktoren in Betracht. Und so ist es bei den höher entwickelten Tierklassen.

Können wir nicht den gleichen Unterschied feststellen in der Soziologie des Menschen? Und beim Menschen wieder z. B. in einem besonderen Zusammenschlusse, wie ihn der gewerkschaftliche Kampfverband darstellt? Da sind auch manche, die nur das Neugierige zusammenhält, das Brotziel, die Aussicht auf Vorteil ohne die innige Verbindung mit den Kampfgenossen. Aber dertel nennt der Soziologe nur Ansammlung. Verband ist die Vereinigung erst, wenn zugleich ein soziales inneres Verhältnis, ein Gemeinschaftsfühlen vorhanden ist. — Es gibt Tiere, die ein günstiges Milieu gegen ein ungünstiges tauschen, nur um das Gesselligkeitsbedürfnis zu befriedigen. Und es gibt Menschen, die im Zusammenschluß leben, weil es ihnen allein schon seelisches, sittliches Bedürfnis ist.

Darum gewiß wirtschaftliches Recht durch Wirtschaftstempel! Doch im Verbande, in einer Ge-

meinschaft, die verbunden ist durch soziale Gefühle, durch proletarische Treue, durch kämpferische Solidarität. Nur so ist der Zusammenschluß von einem sittlichen Gedanken erfüllt, der stets in der Geschichte siegend war.

## Maschinenherzen.

Um das Jahr 500 vor unserer Zeitrechnung lebte ein Schüler des Religionsbegründers Confucius. Dieser Schüler sah einmal, so berichten die Schriften des Schynang Shi, einen Gärtner, der stets in den Brunnen hinunterstieg, um da unten das Wasser zum Begießen seiner Beete zu schöpfen. Der Schüler des Confucius fragte darauf den Gärtner, warum er sich seine Schöparbeit nicht erleichtere, „Erleichtern?“, fragte der Gärtner. „Wie denn?“ Da sprach der Confucius Schüler: „Nimm dir doch einen hölzernen Hebelarm, den du hinten befestigst, so daß er vorn leichter ist, und hole dir mit ihm das Wasser aus dem Brunnen. Dann brauchst du nicht jedesmal hinabzusteigen. Man nennt das einen Ziehbrunnen.“ Aber der Gärtner antwortete: „Ich habe von meinem Lehrer gelernt, wer Maschinen benütze, der betreihe all seine Geschäfte maschinenmäßig. Wer seine Geschäfte aber maschinenmäßig betreibt, der bekommt ein Maschinenherz, und wer ein Maschinenherz in der Brust hat, dem geht die reine Einsicht verloren.“

Welch ein tiefes und weises Wort von einem schlichten Mann des Volkes 500 Jahre vor unserer Zeitrechnung! Habt acht, daß Maschinen euch nicht ertöten! Laßt Maschinen nicht die Vernichter eurer Seele sein! Wer Maschinen arbeiten läßt, bekommt ein Maschinenherz.

Und sie lassen heute Maschinen arbeiten, und sie geben den Maschinen Menschen, lebendige, warmblütige Menschen bei zum Dienste der Maschine. Sie geben diese Menschen der Maschine in Fron. Und sie werden hart bei ihrer Ausnutzung der Maschine. Sie werden Wirtschaftsherrn, Maschinenunternehmer mit Maschinenherz.

Die Maschine herrscht heute, aber sie soll dienen. Und nur wenn sie dient und der Mensch herrscht, ist das Leben sittlich, schlicht, edel, rein, so wie es das Volk will, 500 Jahre vor unserer Zeitrechnung wie heute.

## Die Einheitsfront der Gegenseite.

Die Unternehmerrschaft, vom Großbetrieb zum Handwerkskrauter, vom Großhandelsgeschäft zum Kleinhändler von der Landwirtschaft und den Verlehrsbetrieben ist sich einiger, als man gewöhnlich annimmt. Wenn auch in politischen und kulturellen Anschauungen einige Unterschiede wahrzunehmen sind, dann ist man sich restlos einig, sobald es sich um die Wahrnehmung wirtschaftlicher Fragen dreht. Die verschiedenen Zweige des Unternehmertums sind in wirtschafts- und sozialpolitischen Fachverbänden fast restlos organisiert. Diesen glänzenden Organisationen stehen die nicht geringen Machtmittel der amtlichen Berufsvertretungen (Industrie- und Handelskammern, Handwerks- und Landwirtschaftskammern) zur Seite. Durch diese beiden Organisationsformen sind sie hinreichend in der Lage, sich gegenüber den Regierungsstellen, der Arbeiterschaft usw. durchzusetzen. Ueberdies bestehen so gewaltige Zentralorganisationen wie der Reichsverband der deutschen Industrie, der Zentralverband des deutschen Großhandels, der Reichslandbund und ähnliche Gebilde.

Doch das scheint alles noch nicht zu genügen. Ein Beispiel dafür zeigt eine Tagung, die Anfang Juni für das Gebiet Niedersachsen in Bad Harzburg stattfand. Ueber 450 amtliche und freie Berufsvertretungen — nicht etwa einzelne Firmen — der Industrie, des Großhandels, des Einzelhandels, des Handwerks, der Landwirtschaft und der freien Berufe der preussischen Provinz Hannover, der westfälischen Kreise Westfalens, des nördlichen Teiles der Provinz Hessen, der Länder Oldenburg, Braunschweig, Lippe und Waldeck, gaben sich dort ein Stelldichein. Die seit 1920 bestehende Organisation „Wirtschaftsausschuß Niedersachsen“ bezeichnet sich als Organ der auf dem Boden der Eigenwirtschaft und des selbstverantwortlich schaffenden Unternehmertums zu dem Zwecke, die gemeinsamen Interessen der Wirtschaft des oben genannten Gebietes wahrzunehmen, „aufgebaut auf der Erkenntnis, daß die selbständigen Berufsstände eines zusammengehörenden, sich verbunden führenden Wirtschaftsgebietes durch gegenseitige Unterstützung und durch gemeinsames Vorgehen in den Angelegenheiten, in denen keine Sonderbelange der einzelnen Wirtschaftsgruppen ausschlaggebend sind, sich fördern und zum Wiederaufstieg der gesamten Wirtschaft beitragen können und müssen“. Mit vereinter Stoßkraft will man die jeweils gebotenen Forderungen einer richtigen Wirtschaftspolitik vertreten und gegen eine falsche Wirtschaftspolitik eine starke gemeinsame Abwehr führen. Um dies erreichen zu können, gründete man die oben genannte Organisation, die auch ein eigenes Organ „Wirtschaftsblatt Niedersachsen“ zur Verfügung hat. Außerdem werden vierteljährlich erscheinende Tätigkeitsberichte herausgegeben.

Auf der bereits erwähnten Tagung hob der Vorsitzende die hier praktisch gewordene Einheitsfront lobend hervor als ein Beispiel, wie die durch den § 165 der Weimarer Verfassung vorgesehenen Bezirkswirtschaftsräte in die Tat umzusetzen sind. Es wurde auch anderen Wirtschaftsgebieten empfohlen, in ähnlicher Weise vorzugehen. So sehen wir denn, daß die Gegenseite ihre Organisationseinrichtungen immer mehr verbessert. Die bisher schon vorhandene doppel- und dreifach überlagerte Organisation des Unternehmertums genügt nicht mehr, es sollen auch noch bezirkliche Organisationen in aller Geschlossenheit hinzutreten. Der Einheitsfront der Unternehmer aller Schattierungen ist die Einheitsfront der Arbeiter auf dem realen Boden der Gewerkschaftsbewegung gegenüberzustellen.

Trage du in der Jugendzeit  
immer getrost dein junges Leid!  
Und meinst du, daß dir das Herze bricht?  
Junge Leiden, die töten noch nicht,  
denn es stirbt sich nicht so gleich!

Otto Roquette.

# Für unsere Kolleginnen

## Brüder, ans Werk!

Auf, laßt uns das Werk beginnen!  
Sonne liegt auf unsern Bahnen.  
Brennt ein Spruch auf unsern Fahnen:  
„Lasset uns die Welt gewinnen!“  
Doch das Ziel läßt sich nur ahnen.

Bruder, lerne dich begreifen  
und dein tolles Herz ergründen!  
Hört, wir müssen uns verbünden  
in dem Irren, in dem Schweifen,  
daß die Quellen rauschend münden.

Abgetan ist alles Schwere,  
Haß und Zweifel sind vernichtet,  
Menschenwürde aufgerichtet:  
Jedem Ruhm und jedem Ehre!  
Seht, wir haben Land gesichtet.

Und die ewigen Menschenrechte  
sind, vom Paradies vertrieben,  
tief in unser Herz geschrieben:  
Keine Herren, keine Knechte!  
Nur noch Menschen, die sich lieben.

Max Barthel.

## Der Aufstieg der Arbeiterin.

Während vieler, vieler Jahre ist die Arbeiterin als das geeignetste Opfer leichter Ausbeutung betrachtet worden. Die Unternehmer wußten sehr wohl, wie sie aus dem von Natur aus weichen und schmiegsamen weiblichen Gemüt Vorteil ziehen konnten, um die weibliche Arbeitskraft aufs äußerste auszunutzen und der Schlaue der Unternehmer war darauf bedacht, daß die Ausbeutung in „vornehmer“ Weise vor sich gehe. Ein freundliches Lächeln, ein freundliches „Guten Morgen“ und sonstige kleine Aufmerksamkeit dienten dem gerissenen Unternehmer in der wirkungsvollsten Weise dazu, überlange Arbeitszeit und sehr niedrige Löhne vollkommen selbstherrlich festzusetzen. Auf diese Weise gelang es in vielen Fällen, die Arbeiterin dahin zu bringen, daß sie ihre Sklaverei nicht als solche erkannte, die Arbeiterin ließ sich durch die „vornehmen“ Manieren ihres Unternehmers einschläfern.

So entstand mit der Zeit die Sage, daß die Arbeiterinnen nicht zu organisieren seien. Der schlaue Unternehmer und eine ihm dienende Presse taten alles, was in ihrer Macht stand, um dieses Vorurteil zu vertiefen. Seit undenklichen Zeiten ist es die Praxis der Unterdrücker gewesen, die Reihen der Unterdrückten zu teilen, um sie um so besser zu beherrschen. Es gibt so manchen Unternehmer, der den Arbeiterinnen das Recht zugestehet, sich zu organisieren, aber nur unter der Bedingung, daß die Arbeiterinnen davon ausgeschlossen sind. Glücklicherweise beginnen die Arbeiterinnen den wahren Sachverhalt zu erkennen und werden nicht mehr gestatten, mit einem freundlichen Lächeln und allerhand Versprechungen abgesperrt zu werden. Die Arbeiterinnen haben gelernt, sich zu erheben und für ihre Rechte zu kämpfen. Und es möge ausdrücklich betont werden: die männlichen Arbeitskollegen haben mit der Zeit gelernt, die sogenannte Inorganisierbarkeit der Arbeiterinnen nicht mehr als gegebene Tatsache hinzustellen.

Von den vielen historischen Beispielen des Aufstiegs einer Frau zur Führerin einer großen Masse von Unterdrückten wollen wir hier aus neuester Zeit nur einen Fall herausgreifen: Frau Sarojini Naidu wurde an Stelle des tapferen Mahatma Gandhi in die Präsidentschaft des indischen Nationalkongresses gewählt.

Hunderte von Millionen von Hindus, die gegen die wucherische Unterdrückung des britischen Imperialismus ankämpfen, haben nunmehr als Bannerträgerin in diesem großen, historischen Kampfe diese Dichterin gewählt, deren zartfühlende Gedichte so hinreißend und von so edlem Geist und Vornehmheit sind, daß die englische Sprache ihnen nichts Gleichwertiges an die Seite stellen kann. Aber diese Frau mit dem weichen Gemüt erwies sich als wahre Löwin,

als es galt, für die Sache der Unterdrückten zu kämpfen. Ihre Antrittsrede als neugewählte Vorsitzende atmete einen solch glühenden Haß gegen jede Art der Unterdrückung und zeigte ein derartiges Verständnis für den Kampf um Freiheit und wirtschaftliche Gerechtigkeit, daß die Herzen der Imperialisten und Militaristen der ganzen Welt erbeben.

Die Arbeiterinnen erheben sich und reichen ihren Arbeitsbrüdern die Hand. Es gibt keine Macht, die ihren vereinten Anstrengungen widerstehen kann. In dem Zusammenschluß aller arbeitenden Männer und Frauen liegt die Hoffnung und die Gewißheit für den endgültigen Triumph der Arbeit.

(Aus der amerikanischen „Hutarbeiter-Zeitung“.)

## Die Organisierung der Frauen in England.

(GB.) Dem Beispiel der amerikanischen Gewerkschaften, die die Einleitung einer großen Kampagne zugunsten der Organisierung der Frauen beschlossen haben, folgt nun ein Spezialkomitee des Generalrates des Britischen Gewerkschaftsbundes, das für die nächsten Wochen ebenfalls einen derartigen Feldzug beschließen hat, der mit einer großen Konferenz in Manchester seinen Anfang nehmen wird. Auf dieser Tagung, die die Richtlinien für die Propagandaarbeit aufstellen und die lokalen Gruppen für eine energische Werbearbeit organisieren wird, werden außer allen freigewerkschaftlichen Organisationen, die Frauen zu ihren Mitgliedern zählen, auch andere der Gewerkschaftsbewegung nahestehende Frauenverbände vertreten sein. Sobald das Komitee in Zusammenarbeit mit dem Gewerkschaftsverband die Propagandaarbeit im Gebiet von Manchester in vollen Schwung gebracht hat, wird die Fortsetzung der Bestrebungen den lokalen Organisationen übertragen werden, mit denen das Komitee, das sich dann anderen Gebieten zuwenden hat, in ständiger Fühlung bleiben wird. Im Zusammenhang mit einem Interview über den Zweck und die Wichtigkeit der Kampagne erklärte Walter Citrine, der Generalsekretär des Britischen Gewerkschaftsbundes, daß im Britischen Gewerkschaftsbund im Jahre 1915 bei 4 135 000 Mitgliedern 433 000 Frauen organisiert waren, gegen 6 622 000 Mitglieder und 1 004 000 Frauen im Jahre 1921 und 5 531 000 Mitglieder und 811 000 Frauen im Jahre 1924.

Diese Ziffern zeigen, daß die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Frauen trotz der großen Mitgliederverluste der letzten fünf Jahre immer noch doppelt so groß ist als vor dem Kriege. Andererseits muß leider gesagt werden, daß der Rückgang der Frauenmitgliederzahlen im Gegensatz zu denjenigen der Männer bis jetzt noch nicht aufgehoben werden konnte.

Was die Organisierung der Frauen in den einzelnen Industrien betrifft, so geben die „Notes for Speakers“ folgende Prozentsätze: Landwirtschaft 10 Proz., Bergbau 37 Proz., Eisen- und Stahlwerke 7,2 Proz., Maschinen- und Schiffsbau 3 Proz., Baumwollindustrie 62,4 Proz., Wolllindustrie 21,7 Proz., Lederindustrie 7,1 Proz., Schuhindustrie 48,2 Proz., Bekleidungsindustrie 13,8 Proz., Lebens- und Genussmittelindustrie 2 Proz., Drucker- und Papierindustrie 35,9 Proz., Eisenbahnen 19,5 Proz., Transportgewerbe im allgemeinen 85,7 Proz.

Was die gewerkschaftliche Organisation und im Zusammenhang damit speziell die Errichtung von Lohnämtern und Frauen genügt hat, zeigen folgende Angaben: War der Errichtung von Lohnämtern, d. h. vor der gewerkschaftlichen Organisation schwankten die Löhne der Arbeiterinnen in den bekanntesten Industrien zwischen 7 und 16 Schilling pro Woche. Mehr als die Hälfte der erwachsenen Arbeiterinnen verdiente weniger als 10 Schilling pro Woche. In den gleichen Industrien betragen die Löhne heute zwischen 25 bis 35 Schilling, d. h. die gewerkschaftliche Organisation hat die Löhne verdoppelt. Ähnliche Vorteile sind auf dem Gebiete der Arbeitszeit zu verzeichnen. Während diese früher 50 bis 60 Stunden betrug, beträgt sie jetzt 46 bis 48 Stunden pro Woche.

## Schutz der Frauen vor und nach der Niederkunft.

Unter den kürzlich der französischen Kammer vorgelegten Gesetzesentwürfen befindet sich auch ein Entwurf über den Schutz der schwangeren Frauen und stillenden Mütter, der folgende Bestimmungen enthält:

Die schwangeren Frauen und stillenden Mütter können vom Arbeitgeber nicht gekündigt werden. Diese Frauen haben Anspruch auf einen Arbeitsurlaub ohne Lohnkürzung von vier Monaten, von denen je zwei Monate vor und zwei Monate nach der Niederkunft zu gewährt sind. Sie dürfen ihre Arbeit nicht aufnehmen, bevor der Arzt festgestellt hat, daß dies ohne gesundheitlichen Nachteil für Mutter und Kind geschehen kann. Anderenfalls ist ihnen ein weiterer Urlaub bis zu einem Monat zu den gleichen Bedingungen zu gewähren. Während der Stillzeit haben sie Anspruch auf ein Stillgeld von 25 Prozent des ortsüblichen Durchschnittslohns. Diese Unterstützung darf der Lohnempfängerin, auch wenn sie ihre Arbeit, sei es durch Krankheit oder durch Unfall, unterbricht, nicht entzogen werden. Die durch dieses Gesetz verursachten Ausgaben sollen durch die Landesmutterchaftskasse aufgebracht werden.

Der zweite Gesetzesentwurf bezieht sich auf die werdenden Mütter, die in keinem festen Lohnverhältnis stehen und deren jährliche Einnahme nicht mehr als 12 000 französische Franken beträgt.

Er sieht folgende Regelung vor:

Den Müttern ist je zwei Monate vor und nach der Niederkunft eine Unterstützung in Höhe des ortsüblichen Durchschnittslohns zu gewähren unter der Bedingung, daß sie jede Arbeit, die ihrem Gesundheitszustand und der Entwicklung des Kindes schädlich ist, unterlassen. Bei der Feststellung des Einkommens dürfen in keinem Falle die Einkünfte der Kinder zu der Einnahme der Mutter hinzugerechnet werden. Für jedes unermüdete Kind und jeden alten erwerbsunfähigen Angehörigen kann sie 2500 Franken in Abzug bringen. Außerdem haben stillende Mütter Anspruch auf 25 Proz. des ortsüblichen Durchschnittslohns als Stillgeld. Die Kosten werden ebenfalls von der Landesmutterchaftskasse aufgebracht.

Der dritte Gesetzesentwurf beschäftigt sich mit der Errichtung von Krippen in den Arbeitsstätten und sieht folgende Möglichkeiten vor:

Jeder Arbeitgeber, der mehr als 50 Frauen über 16 Jahren in seinem Betriebe beschäftigt, hat auf der Arbeitsstätte oder in deren nächster Nähe auf seine Kosten einen Raum für stillende Mütter zur Verfügung zu stellen. Diese Räume sollen allen hygienischen Anforderungen entsprechen und unter der Kontrolle eines Ausschusses stehen, der sich zusammensetzt a) aus Vertretern beiderlei Geschlechts, die von Müttern, die weniger als 12 000 französische Franken Einkommen haben, gewählt werden, b) von Vertretern, die von den Lohnempfängerinnen beiderlei Geschlechts gewählt werden, und c) von Vertretern der männlichen und weiblichen Landarbeiter. Auch werden dieser Einrichtung Werkzeuge angegliedert, die von den obengenannten Vertretern zu wählen sind. Die Kosten der Durchführung des Gesetzes sollen gleichfalls von der Landesmutterchaftskasse aufgebracht werden.

## Arbeitende Frauen, schützt euch vor den Unfallgefahren.

Im Verlaufe des letzten Jahrhunderts wurde die Frau immer mehr aus der Küche in das öffentliche Leben gedrängt. So spielt sie heute u. a. im kapitalistischen Produktionsprozeß eine große Rolle. Nicht allein der Mann wirtschaftet, sondern auch die Frau arbeitet nun Seite an Seite mit ihm in Fabrik und Bureau. Die Mehrzahl der Frauen unserer Tage sind nicht mehr ausschließlich Hausfrauen und Mütter, sondern auch noch beruflich- und erwerbstätige Persönlichkeiten. Nicht aus Neigung, sondern aus Zwang geht die Frau in die Fabrik, um des Erwerbs, um

der Erhaltung des eigenen Lebens willen. Dies ist die Lebensfrage der kapitalistischen Frauenerwerbsarbeit.

Die arbeitende Frau ist den Wirkungen des kapitalistischen Produktionsprozesses ebenso ausgesetzt wie der arbeitende Mann. Ja, auf der Frau lastet der Druck des kapitalistischen Systems noch stärker. Einmal infolge ihrer biologischen Andersgestaltung und zum anderen, da ihr auf Grund dieser Andersgestaltung noch mannigfaltige Aufgaben und Verrichtungen zufallen, d. h. aufgezogen werden. So z. B. muß die arbeitende Frau, nachdem sie sich den ganzen Tag in der Fabrik abgearbeitet hat, zu Hause unter eine neue Arbeitsfront sich geben, nämlich das Hauswesen besorgen.

Wir sagten, daß die Frau den Wirkungen des kapitalistischen Produktionsprozesses voll und ganz unterworfen ist, so meinen wir damit, daß auch die arbeitende Frau dem Gefahrenstrom des Betriebes, in dem sie arbeitet, unmittelbar ausgesetzt ist. Unter dem Gefahrenstrom des Betriebes verstehen wir die Unfall- und Gesundheitsgefahren, die durch die Betriebsarbeit gegeben sind. In Deutschland ereignen sich jährlich ungefähr vierhunderttausend Unfälle. Und mit einem großen Prozentsatz sind die Frauen an dieser Unfallziffer beteiligt. Dies ist durchaus nicht verwunderlich, denn in manchen Industriezweigen wie z. B. in der Papierverarbeitung ist die weibliche Arbeitskraft die herrschende. Bemerkenswert ist, daß ungefähr 60 bis 70 Prozent der Unfälle auf eigenes Verschulden zurückzuführen sind, d. h. daß an den meisten Unfällen die arbeitenden Menschen selbst Schuld tragen. Dies gilt natürlich auch für die Unfälle, von denen die arbeitenden Frauen betroffen werden.

Diese Unfälle sind meistens darauf zurückzuführen, daß in der Benutzung der Werkzeuge, Maschinen usw. nicht umsichtig genug verfahren wurde. Die Arbeitsverfahren wurden nicht oder nicht genügend beachtet, vorhandene Schutzvorrichtungen nicht oder nicht genügend benutzt.

Der arbeitende Mensch muß sich seinem Arbeitswert anpassen. Tut er dies nicht, dann kann er dies eventuell mit der Einbuße seines Lebens bezahlen müssen. Treibriemen, Transmissionen, Räder usw. verlangen eben eine ganz besondere Verhaltensweise. Wenn man auch die Unfälle nicht vollständig beseitigen kann, dann kann doch den Unfallgefahren begegnet werden. Und die arbeitende Frau bekämpft am besten die Unfallgefahren dadurch, daß sie sich der vorhandenen Schutzvorrichtungen bedient, die erlassenen Unfallverhaltensvorschriften genau beachtet und bei vorhandenen Mängeln (z. B. wenn Schutzvorrichtungen fehlen) für deren Abhilfe sorgt. Besonders auf die Bekleidung hat die arbeitende Frau zu achten. Am zweckmäßigsten ist ein enganliegender Arbeitskittel. Auch die Haare sind zu verhüllen. (Tragt Bubikopf, denn die kurze Haartracht ist die zweckmäßigste bei der Arbeit)

Die arbeitende Frau sollte auch immer beachten, daß die Kosten und Leiden, die ein Unfall mit sich bringt, nicht so schnell wieder wettgemacht werden können. Durch einen Unfall, den die arbeitende Frau erleidet, büßt sie nicht nur Gesundheit und Verdienst ein, sondern auch das ganze persönliche und das Familiendasein erfährt eine gewaltige Veränderung. In die ganze Haus- und Wirtschaftsführung kommt Unordnung. Die Kinder werden schlecht besorgt, sie entbehren der Mutter. Der Gatte vegetiert in seiner Hilflosigkeit dahin. Große Geldausgaben entstehen. Fremde Hilfe ist notwendig usw.

So liegen schon die Verhältnisse, wenn die Unfallverletzung nicht besonders schwer ist. Ist aber der Unfall von tödlicher oder schwerer Folge, dann werden die Verhältnisse noch trauriger und trostloser.

Gewiß ist es der Wunsch jeder arbeitenden Frau, daß sie und die Ihren verschont bleiben möchten von Unfällen und deren Folgen. Wenn die arbeitende Frau dies aber wirklich will, dann muß ihr Grundsatze bei aller Arbeit, die sie verrichtet, sein: Beachte stets die Unfallvorschriften. Nur dann, wenn die arbeitende Frau richtig darauf achtet, ist für sie die Gewähr gegeben (wenn auch nicht unbedingt), daß sie vor einem Unfall geschützt bleibt. Darum: Arbeitende Frauen, schützt euch vor Unfallgefahren.

E. P. E.

## Kinderzeugung, eine Kulturfrage für die Arbeiterschaft.

Die gesellschaftliche Kultur, die Bildung der Menschen und die Verfeinerung ihres Empfindens befindet sich in einem ständigen Prozeß schöpferischen Fortschreitens. So ist u. a. die moderne Menschheit auf dem Wege, die Frage der Kinderzeugung als eine Kulturfrage betrachten zu lernen. Der blind sich betätigende Fortpflanzungstrieb wird durch vernunftwählende Zielstrebigkeit abgelöst.

Die absichtliche Verhütung der Empfängnis trat in den letzten Jahrzehnten als eine auffallende Erscheinung auf. Die Ursachen und Gründe hierfür sind vielfältigster Natur. Das soziale Moment ist hierbei am ausschlaggebendsten. Da unser Leben immer kultivierter wird, wird auch die Erziehung der Kinder immer kostspieliger. Eine große Kinderzahl bewirkt heute keineswegs mehr eine Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Familie, da die aufgezogenen Kinder schon frühzeitig auf sich selbst gestellt aus dem Familienverband ausscheiden. Die Frau wird immer mehr zur Erwerbsarbeit gezwungen, was den Mutterberuf unmöglich macht. Auch die Wohnungsnot verbietet die Vermehrung. Dann bewirkt nicht nur die Steigerung der Lebensansprüche, sondern vor allem auch die Erhöhung des Verantwortungsgefühls eine Beschränkung der Fortpflanzungstätigkeit. Natürlich trägt auch die moderne Hygiene ein beträchtliches dazu bei.

Diese Ursachen und Gründe kommen in den verschiedenen Volksschichten natürlich sehr ungleichmäßig zur Auswirkung. Die Beschränkung der Kinderzahl bei den Reichen ist fast durchweg der Ausdruck sittlicher Gesunkenheit, Verweichlichung, Bequemlichkeit, Genußsucht, Angst vor der Zerpitterung ihres Vermögens u. a. sind die ausschlaggebenden Faktoren. Beim Mittelstand ist die treibende Tendenz zum Präventivverkehr zum ersten die Zunahme des Verantwortungs- und Pflichtgefühls gegenüber der Nachkommenschaft (eine große Kinderzahl verhindert „Standesgemäßes“ Aufzucht), zum anderen die Rücksichtnahme auf sich selbst, d. h. die eigenen Bedürfnisse können nicht in ausreichendem Maße befriedigt werden. Auch der Arbeiterschaft kommt zum Bewußtsein, daß eine große Kinderzahl Not, Elend, Krankheit, schlechte Ernährung, vermehrte Sterblichkeit bedeutet. Und es wäre eine Rohheit, gerade von der Schicht, die unter den schlechtesten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen lebt, verlangen zu wollen, daß sie es sei, die die Kinder ins Dasein setzen soll.

Gerade die Arbeiterschaft mühte der Regelung der Kinderzahl größte Aufmerksamkeit und Bereitwilligkeit entgegenbringen, denn für sie ist diese Frage im wirklichen Sinne eine Kulturfrage. Beschränkung der Kinderzahl bedeutet den besten Schutz gegen eine Uebersvermehrung, gegen Not für den einzelnen wie für die Gesamtheit. Schon im Interesse des proletarischen Klassenkampfes und des Aufstiegs der Arbeiterschaft ist eine Beschränkung der Kinderzahl notwendig. Ein überfülltes Proletariat gibt mit die Bedingungen ab zur Schaffung der Reservearmee für den Kapitalismus. Große Kinderzahl in den proletarischen Familien bedeutet schlechte Aufzucht, Unternahrung, Seuchen (Tuberkulose), mangelhafte Bildung, frühzeitige Ausbeutung, Ausschließung von der Erlernung eines Berufes usw. Daß ein körperlich und geistig schwächlicher Nachwuchs der Arbeiterschaft in ihrem Befreiungskampf gewiß keine schöpferischen Kräfte zuführt, bedarf wohl keiner besonderen Betonung. Eine große Kinderzahl hemmt zugleich die Erzeuger an der Hebung ihrer eigenen sozialen Lage mitzuwirken, da Not und Sorgen ihre ganzen Kräfte aufreiben. So z. B. stammen 25 Prozent aller Frauenleiden von überfüllten oder vernachlässigten Wochenbetten her. Da im Mutterleibe die Kinder schon schlecht genährt werden, so ist die Folge davon eine große Säuglingssterblichkeit und bei den Ueberlebenden die Verringerung des Lebensalters. Welche Unmenge an Gesundheit, Opferbereitschaft, Geld usw. auf diese Weise nutzlos verschwendet wird, der Volkswirtschaft nutzlos verloren geht, läßt sich gar nicht ermessen.

Geringe Kinderzahl bedeutet für die einzelne Arbeiterfamilie — damit für das Gesamtproletariat — weniger Not, Elend und Sorge, bessere Aufzuchtbedingungen, bessere Erziehung der wenigen Kinder;

bedeutet damit Verringerung der Sterblichkeit, starke gesundheitliche Konstitution der Kinder, Zunahme der Lebensdauer und der Qualität des Lebens selbst. Hinzu kommt dann noch, daß eine bewußte Regelung der Kinderzahl mittels des Präventivverkehrs die Vortreibung überflüssig macht, der Prostitution, der Verbreitung von Geschlechtskrankheiten und der Zeugung von erblich belasteten Kindern entgegenwirkt.

Ein sinnvoll gezeugter Nachwuchs bedeutet aber für die Arbeiterschaft eine Kraftquelle von eminentem Wert im Kampf um eine neue Welt. Die bewußte Regelung der Kinderzahl bedeutet aber keineswegs eine Erschöpfung der Rasse, des Volkes, sondern dessen Gegenteil. Denn nur ein kräftiges Geschlecht wirkt dann am Daseinskampf. Die Beschränkung der Kinderzahl, d. h. die planvolle Kinderzeugung, kann die allmächtigste und gewaltigste Kraft für den Kulturfortschritt werden. Und das Proletariat muß sich all dessen bedienen, was den Menschheits- und Gesellschaftsfortschritt fördert.

E. P.—E.

## Muttertag.

„Ein solcher Sonntag, überall Blumen, der Mütter gedenkend. Ganz besonders in der Kirche wurde von der Geistlichkeit des Muttergedankens erwähnt. Rührend war die Feier für 500 arme und alte Frauen aus Altersheimen, die im Vereinshaus veranstaltet wurde.“

Ein Muttertag. Fürwahr ein herrlicher Gedanke! Wir können euch von Herzen diese Feier, ihr armen, alten Frauen. Doch für uns, liebe Kolleginnen, kann der Tag nur ein Ansporn mehr sein, Mitkämpfer, Mitbesser zu sein an dem Befreiungswert der Arbeiterschaft.

Ja, könnten wir der werdenden Mutter zugleich mit dem Blumenstrauß die Zusicherung auf eine gesunde Wohnung geben, könnten wir ihr die Gesundheit auf auskömmlichen Verdienst bringen, so daß ein neugeborenes Kind nicht Kummer und Sorge hervorruft, sondern, daß es mit Glück und Sehnsuchtsfreude erwartet werden kann. Wer brauchte noch den § 218 zu fürchten, wenn man in der werdenden Mutter die künftige Kulturträgerin achten würde?

Wie ist aber die Wirklichkeit? Da wurde gerade am Muttertage in der Firma Anton Müller gearbeitet. Die Woche vorher schaffte man von morgens 7 bis abends 9 Uhr. Die Firma hatte u. a. auch ein Mädchen eingestellt, die gesegneten Leibes war. Meint ihr etwa, man hätte da ein klein wenig Rücksicht auf diesen Zustand genommen? Sihen bei der Arbeit wird auf keinen Fall geduldet, auch bei Arbeiten, wo die Leistung dadurch nicht vermindert wird. Bei angestrengter Arbeit und so langer Arbeitszeit in solchen Verhältnissen gewiß keine Kleinigkeit. Als nun am Muttertag das betreffende Mädchen das Klosett benutzte und dem arbeitserfreundlichen Chef zu lange blieb, da ließ er sie von einer Arbeiterin hereinholen, äußerte dabei etwas von saulen Leuten, die am besten stempen gehen sollten. Und als die dringendste Arbeit erledigt war, wurde das Mädchen auch kurzer Hand entlassen, mit der Begründung, daß der Chef ihren Zustand vorher nicht bemerkt habe. Obwohl er feinerlei Rücksicht auf sie genommen hatte, sie genau wie jede andere zu intensiver Arbeit angespornet wurde, brauchte er sie dann nicht mehr. Keine Frage, ob sie auf sich selbst gestellt sei, ob sie nun vor einem Nichts stehe. Was schert das dem Unternehmer?

Und so manche alte Mutter, die mit 67 Jahren noch auf Arbeit geht. Der Sohn blieb bei dem großen Völkermorden, und sie möchte niemanden zur Last fallen. Zwei Gesuche machte sie um Rente wegen des gefallenen Sohnes. Doch da hieß es: „Sie verdienen doch noch“, und so läuft sie, nur die eine Sorge, daß sie der Fabrikherr nun auch bald abloshen wird, denn es geht ja kaum noch.

Und da feiert man Muttertage!

Kolleginnen, helft überall mit aufklären, da wir selber uns bewußt werden müssen, daß in uns die Kraft zu unserer Befreiung liegt. Da müssen wir uns vor allen Dingen im Betrieb und in der Gewerkschaft fest zusammenschließen und mit vereinten Kräften ein menschenwürdiges Dasein erringen.

E. Sp.-Dr.

### Der Arbeitsmarkt, kein Konjunkturbarometer.

Schwer liegt nach wie vor die industrielle Krise auf der breiten Masse. Ein ganz abnormer Zustand, daß die Ziffer der Beschäftigungslosen in den Frühjahrsmonaten eine solche geringe Abnahme zeigt, als in diesem Jahre. Es muß aber mit aller Deutlichkeit betont werden, daß das heutige Bild der Wirtschaft nicht durch den Spiegel der Arbeitslosenziffern betrachtet werden darf. Die Rationalisierung der Betriebe wirkt sich aus und äußert sich in höheren Produktionsziffern, trotzdem die Arbeitslosigkeit dieselbe bleibt. In dem neuesten Bericht des Landesamts der Rheinprovinz heißt es über das Verhältnis der Produktionsgestaltung zum Arbeitsmarkt:

„Ueberhaupt darf man unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Bedeutung einer Produktionssteigerung für den Arbeitsmarkt nicht überschätzen. Die Unternehmen streben aus den bekannten Gründen danach, die größere Erzeugung ohne eine Vermehrung der Belegschaften zu erzielen. Gegenwärtig ist die technische Rationalisierung wegen ihrer hohen Kosten gegenüber der organisatorischen Rationalisierung in die zweite Linie gerückt. Während die technische Rationalisierung durch die Aufträge an die Produktionsmittel herstellenden Industrien den Arbeitsmarkt anregt, fehlt der organisatorischen Rationalisierung durch Konzentration der Erzeugung auf die technisch besten Werte mit günstigen Standort diese Wirkung.“

Und der Wirtschaftsbericht der Disconto-Gesellschaft vom 15. Mai läßt sich zu diesem Problem folgendermaßen aus:

„Die technischen und organisatorischen Maßnahmen der Rationalisierung haben bereits soweit Erfolg gehabt, daß die Verringerung der Beschäftigungsziffern durchaus nicht mehr in vollem Umfang gleichbedeutend ist mit der Einschränkung der Produktionsmengen. Einige Ziffern deuten darauf hin, daß trotz der ausgesprochenen Stagnation am Arbeitsmarkt die Höhe der Erzeugung auf manchen Teilgebieten sowohl wie die Menge der Gesamtumsätze innerhalb der Wirtschaft sich in leichtem Anstiegen befindet. Die Rohstoffproduktion erreichte im März mit rund 920 000 Tonnen wieder den Stand vom Oktober vorigen Jahres. Auch für den Steinkohlenbergbau sind ansehnliche Förderziffern zu verzeichnen. Die arbeitstäglige Förderung des Ruhrgebietes stellte sich im April auf rund 6000 Tonnen höher als im März. . . Der Kohlenumschlag der Rhein- und Ruhrhäfen hat in der jüngsten Zeit eine beträchtliche Steigerung erfahren. Das gleiche gilt für die tägliche Wagengestellung für Kohle, Koks und Britetts im Ruhrrevier. Ueberhaupt wird die Entwicklung des Güterumschlages durch ein Anwachsen der Verkehrsleistung der Reichsbahn gekennzeichnet. Die gesamte Wagengestellung pro Arbeitstag ist von 115 000 Stück im Februar auf 120 000 in der ersten Aprilhälfte gestiegen. . .“

Es zeigt sich also, daß Arbeitsmarkt und Produktionshöhe zwei ganz verschiedene Begriffe sind. Die Arbeiterschaft nebst den Angestellten soll wahrscheinlich dazu verurteilt sein, die Krise bis zum bitteren Ende auszukosten.

### Gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung in der Sowjetunion.

(RSD.) Die Arbeitslosigkeit ergreift auch immer größere Massen russischer Arbeiter und trägt einen hartnäckigen Charakter. Nach der gewerkschaftlichen Erhebung, die im Oktober 1925 im ganzen Lande durchgeführt wurde, war die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit bei den von der Erhebung erfaßten Arbeitslosen 9,7 Monate; 28,3 Proz. aller Arbeitslosen waren bereits mehr als ein Jahr arbeitslos („Statistika Truda“ 1926, Nr. 3, S. 6). Die Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeitslosen erreichte am 1. Oktober 1925 837 291, am 1. Januar 1926 1 029 004 (ebenda S. 2). Die Arbeitslosenunterstützung seitens der Organe der Sozialversicherung ist betanlich sehr dürftig und wird nur einem relativ geringen Teile der Arbeitslosen gewährt. Die Arbeitslosenunterstützung durch die Gewerkschaften könnte daher große Bedeutung haben. Sie stützt

aber noch in Kinderschuhen. „Westnik Truda“, die Monatschrift des Zentralrats der Gewerkschaften der Sowjetunion, faßt folgendermaßen die Angaben über die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung zusammen:

„Die Höhe der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung ist in der Mehrheit der Fälle offenkundig ungenügend und dabei selbst innerhalb desselben Bezirkes und desselben Verbandes sehr verschieden. Punktdeutigkeit und Vielseitigkeit einfach lässigkeit sind in dieser Frage charakteristisch.“

Im Zentralverband der Arbeiter der chemischen Industrie schwankt die Arbeitslosenunterstützung zwischen 3 und 10 Rubel (pro Monat) (Die Red.). Im Lederarbeiterverband beträgt die Durchschnittshöhe der Unterstützung an Arbeitslose, die keine Unterstützung von der Sozialversicherungskasse beziehen, 3 Rubel 80 Kop. für Arbeitslose mit Familien und 2 Rubel 60 Kop. für Einzelstehende; die Arbeitslosenunterstützung an Gewerkschaftsmitglieder, die von den Sozialversicherungskassen unterstützt werden, beträgt entsprechend 3 Rubel 38 Kop. und 1 Rubel 90 Kop. In Moskau (wo die Arbeitslosenunterstützung wesentlich höher ist als sonst im Lande. Die Red.), hilft ein Teil der Verbände nur denjenigen Arbeitslosen, die von den Sozialversicherungskassen nicht unterstützt werden; die Höhe der Unterstützung beträgt bei den Tagelohnarbeitern für Arbeitslose mit Familien 10 Rubel, für Alleinlebende 6 Rubel, bei den Schneidern 6 und 4 Rubel, bei den Nahrungsmittelarbeitern 9 bis 12 Rubel für Arbeitslose mit Familien und 8 Rubel für alleinlebende Arbeitslose; bei den Angestellten des Volkswirtschaftswesens 6 bis 15 und 5 Rubel; bei den Sowjetangestellten 5 Rubel. Andere Verbände gewähren Arbeitslosenunterstützung an ihre Mitglieder ohne Rücksicht auf die Unterstützung seitens der Sozialversicherungskassen: die Metallarbeiter an Arbeitslose mit Familien 5 Rubel 50 Kop. bis 10 Rubel, an Einzelstehende 5 Rubel; die Arbeiter der chemischen Industrie entsprechend 8 bis 10 Rubel; die Buchdrucker 7 bis 10 Rubel und 6 Rubel; die Arbeiter der Gemeindebetriebe 5 bis 10 und 4 bis 5 Rubel; die Lederarbeiter 10 bis 15 und 3 Rubel; die Bauarbeiter 10 bis 15 Rubel und 7 Rubel 50 Kop.“

(„Westnik Truda“ 1926, April, S. 30.)

Es sei noch hinzugefügt, daß selbst diese dürftige Arbeitslosenunterstützung nur einem geringen Teil arbeitsloser Gewerkschaftsmitglieder gewährt wird. So wurde in der Plenarsession des Zentralrates der Gewerkschaften der S. U. vor kurzem festgestellt (von Melnikoff), daß die Gewerkschaften nur an etwa 10 Proz. ihrer arbeitslosen Mitglieder Arbeitslosenunterstützung gewähren und daß diese Unterstützung durchschnittlich 5 Rubel, 10 Kopelen pro Monat betrage („Trud“ vom 10. Juni).

### Die schwedische Pappenindustrie.

In Deutschland hat man Schweden bisher lang nicht das Interesse entgegengebracht, das es bei seiner hervorragenden Lage und seinen staunenswerten Entwicklungsmöglichkeiten infolge seiner vielen Bodenschätze und namentlich seiner Wasserkräfte verdient. Infolge dieser Umstände und der bereits im großen begonnenen Erschließung des besonders reichen Nordlandes darf Schweden als ein zukünftiges Industrieland erster Ordnung mit vollem Recht angesehen werden. Wenn aber auch in Schweden alle Voraussetzungen zur Entwicklung einer gewaltigen Industrie gegeben sind, dann ist diese doch verhältnismäßig noch gering, da zu einer rationalen Ausbeutung der zahlreichen billigen Wasserkräfte und der vorhandenen reichen Naturschätze Schweden noch viel zu wenig bevölkert ist.

Unter den Industrien Schwedens nimmt die Papier- und Pappenindustrie eine hervorragende Stellung ein. Nach einem Bericht im „Svensk Industri af Exporitkalender“ von 1915 wurde Papier in Schweden bereits seit Jahrhunderten hergestellt, doch konnte früher der ganze Bedarf des Landes nicht gedeckt werden, da es an dem damaligen einzigen Rohmaterial zur Papierfabrikation, also den Lumpen, gefehlt hatte. Der Bedarf war nämlich schon verhältnismäßig groß, da Kenntnis und Lust zum Lesen im schwedischen Volke allgemein war und ist.

Erst bei Erscheinen des Holzschliffs und der Zellulose konnte die schwedische Papier- und Pappenindustrie eine Entwicklung von wirklicher Bedeutung erlangen. Der Reichtum des Landes an für die Papierfabrikation passenden Hölzern, die uraine Gemohnheit des Volkes, in den Wäldern zu arbeiten und zu leben, die günstige Gestaltung der Flüsse für die Holzlöherei, der Reichtum an billiger Wasserkraft und das wachsende Interesse an der Industrie im allgemeinen, all diese Faktoren haben es ermöglicht, daß die schwedische Papier- und Pappenindustrie in wenigen Jahrzehnten, aus bescheidenen Anfängen hervorgehend, eine der ergiebigsten Einnahmequellen des Landes geworden ist.

Während dieser Entwicklung wurden zunächst die hauptsächlich aus Holzstoff hergestellten Papierarten, wie Zeitungspapier und Tapetenpapier, sowie Braunholzpapier im Ueberfluß produziert und wurden so zu einem Gegenstande des Exports hauptsächlich nach England. Als dann später die Herstellung von Holzstoff (Zellstoff) auf chemischem Wege bekannt wurde, entwickelte sich die hierauf beruhende Stoffherstellung in Schweden zeitig und relativ stärker als in den anderen Ländern. So kam es, daß Schweden in der Herstellung von verschiedenen Zellstoffpapieren gewissermaßen bahnbrechend auftrat und derartiges Papier bald nach den meisten papierverarbeitenden Ländern ausfuhrte. Es gibt in Schweden gegenwärtig 50 Papierfabriken und außerdem noch 20, in denen ausschließlich Papier und Büttenpapiere hergestellt werden. Die jährliche Herstellung erreicht eine Höhe von 275 000 Tonnen, wovon mehr als drei Viertel zur Ausfuhr kommen. Diese Zahlen bezeichnen indessen kein Maximum dafür, wie gewaltig schon heute die Produktion an Papieren und Pappen, und zwar von den allerfeinsten bis zu den ordinärsten, in Schweden ist.

Die Herstellung von Papier aus Holz als Rohmaterial ist ein gesunder, für das Land naturgemäßer und von den Verhältnissen begünstigter Industriezweig, der eine bedeutend gesteigerte Produktion bringen wird, wenn auch zeitweise der Entwicklung des schwedischen Exportes durch das Ausland Schwierigkeiten infolge Zölle und Ueberproduktion bereitet werden.

Seitdem Schweden durch transatlantische Dampfschiffslinien in direkte Verbindung mit den außereuropäischen Ländern getreten ist und die Durchfracht für die Häfen in Hamburg, Hull, Rotterdam usw. reduziert worden ist, hat sich der Papierexport mehr und mehr entfernte Länder gesucht, und jedes Jahr wachsen die diesbezüglichen direkten Verbindungen für die schwedische Papierindustrie. Es ist bereits so weit gekommen, daß es kaum noch ein Land der Erde gibt, in das sich nicht das schwedische Papier einen Weg gesucht hat.

Die schwedische Papier- und Pappenindustrie hat sich bis jetzt hauptsächlich im südlicheren und mittleren Schweden entwickelt, doch durch den großen Waldreichtum des nördlichen Schwedens und die dort befindlichen gewaltigen Wasserkräfte bahnt sich die Papierindustrie immer mehr den Weg dorthin. Die schon bestehenden Forstgesetze Schwedens, die Maßnahmen, die die schwedische Regierung getroffen hat, bürgen dafür, daß kein sogenannter Raubbau getrieben wird, sondern ein vollständig auf forstwirtschaftlicher Basis betriebener Waldbau. Es ist deshalb nicht nur wahrscheinlich, sondern als ziemlich sicher anzunehmen, daß Schweden auch in Zukunft noch genügende Mengen von passendem Holz für Rohmaterial haben wird, um die Papierindustrie rationell zu betreiben, und daß die Holzmasse nicht nur für die jetzige Produktionsmenge ausreichen wird, sondern auch für eine vielfältige, falls eine solche nötig ist und auf dem Weltmarkt Platz findet.

Als Papierarten, die hauptsächlich exportiert werden sind die folgenden anzuführen: Tapeten, Streichpapier, Cap- und Braunholzpapier (Mature Brown), starke und gute Sorten Umschlagpapier, von dem dicksten bis zum dünnsten, aus Zellstoff hergestellt, sowohl aus solchem allein wie auch mit Zusatz von Holzschliff; hierunter nimmt das schwedische Kraftpapier eine dominierende Stelle ein. Trotz aller eifriger Versuche in anderen Ländern, dieses Papier nachzumachen, behauptet die schwedische Ware ihren Rang unumstritten als das stärkste und zähste Papier, das man bis jetzt aus Holz hat herstellen können. Alle diese Papierarten sind in der ganzen Welt sehr beliebt und werden gern gekauft wegen ihrer Stärke und der Art, in der sie hergestellt worden sind. Sowohl diese wie auch das zuvor angeführte Kraftpapier sind z. B. in den Vereinigten Staaten Nordamerikas, trotz des dortigen hohen Zolles auf diese Waren, sehr gesucht und werden in bedeutenden Mengen bezogen. Auch imitiertes Pergamentpapier in verschiedenen Qualitäten, Plakatpapiere, Flaschenpapiere und Seidenpapiere aller Arten, alle diese Sorten finden im Auslande guten Absatz. Papier für die Zündholzindustrie wird als Spezialität in großen Mengen ausgeführt. In letzter Zeit hat man auch damit begonnen, Pantastiepapier auszuführen. Feinere

Qualitäten von Papier aus gebleichtem Stoff sind, seitdem man im Lande Chlor auf elektrischem Wege billig herstellt, ebenfalls starke Exportartikel geworden.

Die Pappfabriken exportieren weiße und braune Holzpappe, Kartons und dergleichen in verschiedenen Qualitäten und Stärken.

Schaft leistungsfähige Krankenkassen!

Die langdauernde Wirtschaftskrise hat, wie das schon früher zu beachten war, vor den Krankenkassen nicht halt gemacht. Mit dem Steigen der Erwerbslosenziffern war ein gleiches Anwachsen der Krankenziffern zu beobachten. Es kann daher nicht verwundern, daß die Mittel der Krankenkassen aufs äußerste angespannt wurden. Hinzu kommt, daß die Beitragseinnahmen entsprechend dem Herabsinken der Beschäftigtenziffer sich verminderten und Arbeitgeber, die sich in Zahlungsschwierigkeiten befanden, mit den Beitragszahlungen im Rückstande blieben. Demgegenüber wuchsen die Verpflichtungen der Krankenkassen. Sehr bald stellte sich dann heraus, daß bei einer großen Zahl von Krankenkassen die Mittel nicht ausreichten, um allen an sie gerichteten Ansprüchen gerecht zu werden. Dabei ergab sich, daß am meisten die Krankenkassen von der Krise ergriffen wurden, die nur eine geringe Mitgliederzahl hatten und außerdem nur ganz bestimmte Kreise erfassen. Es dürfte auch einleuchtend sein, daß gerade derartige Kassengebilde leistungsschwach sein müssen. Ihnen fehlte eben der Ausgleich zwischen den einzelnen Mitgliedergruppen. Dadurch entsteht in guten Zeiten eine einseitige Entlastung, in Krisenzeiten dagegen eine um so größere Belastung.

Deutlicher wird diese Tatsache, wenn man bedenkt, daß im Deutschen Reich bis in die letzte Zeit hinein Innungskrankenkassen gegründet wurden, die in den weitaus meisten Fällen noch nicht einmal fünfzig Mitglieder umfaßten. Auf der anderen Seite gibt es eine Unzahl Fälle, wo Betriebs- und Innungskrankenkassen von den Oberversicherungsämtern geschlossen werden mußten, da ihre Leistungsfähigkeit erschöpft war. Die allgemeinen Ortskrankenkassen müssen dann die weiteren Leistungen übernehmen. Diese Zustände, die zu einer weitgehenden Schädigung von Arbeitgebern und Versicherten führten, haben auch bereits den Reichstag beschäftigt. Der Reichsarbeitsminister erklärte in seiner Rede zum Etat des Reichsarbeitsministeriums, daß nach Ansicht der Reichsregierung Mindestmitgliederzahlen für Krankenkassen festgelegt werden müßten, um die Leistungsfähigkeit der Krankenversicherung zu erhalten. Nach Lage der Dinge ist auch gar kein anderer Weg möglich, um hier zu erträglichen Verhältnissen zu kommen. Diese Ansicht wird auch durch die auf wirtschaftlichen Notwendigkeiten beruhenden Bestrebungen der Industrie zur Konzentration bestätigt.

Gewerkschaften als Besitzer großer Radiostationen.

Während die deutschen Gewerkschaften sich einstweilen noch damit begnügen müssen, in den sehr einflussreichen Radiostationen hin und wieder zu Worte zu kommen, sind die amerikanischen Gewerkschaften bereits dazu übergegangen, durch eigene Radiostationen gegen die arbeiterfeindliche Propaganda aufzutreten.

So ist es der Arbeiter-Föderation von Chicago gelungen, eine früher vom Marine-Departement benutzte drahtlose Station für ihre eigenen Zwecke zu erwerben.

Die Anlagen, die in einem großen Gebäude am Pier von Chicago gelegen sind, werden nun von den Arbeitern finanziert und als große Radiostation eingerichtet werden. Diese wird es sich zur Aufgabe machen, gegen die anti-gewerkschaftliche Propaganda aufzutreten und die Arbeiter interessierende Nachrichten zu verbreiten. Der Typographenverband von Chicago hat bereits 10000 Dollar für die Station zur Verfügung gestellt.

Außerdem beabsichtigt die Chicagoer Arbeiter-Föderation, von den Mitgliedern der angeschlossenen Verbände einen Beitrag von 2 Dollar zu erheben, der zur Hälfte zum Ankauf und Ausbau der Station und zur Hälfte als Betriebskapital verwendet werden soll.

Wie wertvoll es für die Arbeiter ist, eigene Radiostationen zur Verfügung zu haben, zeigte gerade jetzt wieder der Generalstreik in England, wo die Regierung die Möglichkeit hatte, sich durch das Radio mit Botschaften an das Volk zu wenden.

Konferenz der Zahlstellen-Funktionäre des Gaues Hanja

am 27. Juni 1926 in Hamburg.

Tagesordnung: 1. Die Regelung des Kassenwesens im Gau Hanja. 2. Agitation. 3. Unsere Jugendbewegung.

Es waren außer den Mitgliedern des Gauvorstandes 10 Delegierte aus 8 Zahlstellen anwesend.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung führte Kollege Küster aus, daß wir in der heutigen Zeit der wirtschaftlichen Krise, die von den Unternehmern rücksichtslos zu ihren Gunsten ausgenützt wird, alles daran setzen müssen, um unsere Organisation zu stärken und schlagkräftig zu machen. Ein Mittel hierzu sei die Umstellung des Kassenwesens im Gau, gemäß Beschluß des Verbandstags in Würzburg 1919. Im Gau Schlesien, dessen Bezirksleiter sich schriftlich gutachtend dazu äußerte, habe man die besten Erfahrungen damit gemacht. Hier im Gaubureau soll eine Kartothek der Mitglieder in den Zahlstellen angelegt werden. Die Abrechnung erfolgt monatlich mit dem Gaubureau; alles Material, Marken, Bücher usw. werden von hier ausgegeben. Im übrigen wird in der Tätigkeit und Selbstständigkeit der Zahlstellen nichts geändert. Erreicht wird durch die Umstellung, daß in den Orten und Betrieben ein etwas strafferes Eintastieren und Abrechnen der Beiträge, als wie bisher geschehen, notwendig wird. Vor allem ist aber die Gauleitung stets über den Stand der Organisation in den Orten und Betrieben orientiert und kann sofort dort, wo notwendig, eingreifen und den einzelnen Ortsverwaltungen wirksame Hilfe leisten.

In der anschließenden Aussprache, an der die Delegierten alle lebhaften Anteil nahmen, erkannten dieselben fast alle die Zweckmäßigkeit der Umstellung an. Lediglich die zu erwartende Mehrarbeit, sowie eine etwaige finanzielle Mehrbelastung machte einige Schwierigkeiten.

Nach reiflicher Erwägung wurde beschlossen, ab 1. Oktober die Umstellung vorzunehmen. Für die Zahlstellen wird ab 1. Juli ein Gaubeitrag eingeführt, pro männliches Mitglied 4 Pf. und pro weibliches Mitglied 2 Pf. für jeden Wochenbeitrag. Von diesem Beitrag sollen die Inkosten für unser Gaubureau, die bisher von der Zahlstelle Hamburg-Altona allein getragen wurden, bestritten werden.

Zum zweiten Punkt: Agitation, sprach ebenfalls Kollege Küster. Er schilderte eingehend die heutige Lage, wie die Unternehmer versuchen, bisher erlangte Vorteile uns wieder zu nehmen und dabei leider teilweisen Erfolg haben. Küster gab den Anwesenden Fingerzeige, wie dem entgegenzuarbeiten ist. Im übrigen müssen wir unsere Reihen stärken, die Organisation schlagkräftig ausbauen, um bei besserer wirtschaftlicher Lage sofort unsere Tarife verbessern zu können.

In der Diskussion wurden verschiedene Mängel an einzelnen Orten besprochen, z. B. daß in vielen Druckereien das Schneiden von Papier von den Maschinenmeistern gemacht wird. Es wird gewünscht, daß unser Verbandsvorstand einmal mit der Leitung des Buchdruckerverbandes Fühlung nimmt, um diesem Mibestand abzuhelfen.

Zum dritten Punkt: Jugendbewegung, mußte leider festgestellt werden, daß es hier vielfach im argen liegt. Auch ist die Jugend von anderen Organisationen so in Anspruch genommen, daß für gewerkschaftliche Fragen keine Zeit bleibt. Es soll örtlich dieser Frage mehr wie bisher nähergetreten werden, um unseren jungen Nachwuchs zu erfassen und ihm die Notwendigkeit der Gewerkschaften und die tätige Mitarbeit in ihr zum Verständnis zu bringen, damit sie einmal in die Lage kommen, das von uns begonnene Werk erfolgreich fortsetzen zu können.

Berichte.

Ludenwalde. Am 17. Juli begeht unser Kollege Paul Lehmann das 30jährige Jubiläum seiner Mitgliedschaft in unserer Organisation. Die Zahlstelle hat in ihm einen treuen Funktionär, denn circa 26 Jahre verwaltet er in ihr den Kassierposten, und zwar geradezu vorbildlich. Einer der Gründer der Zahlstelle vor 28 Jahren, war er immer eifrig bemüht, diese zu ihrer jetzigen Höhe emporzuheben. Neben seinem Amt als Kassierer unserer Zahlstelle bekleidet Kollege Lehmann auch noch andere Ehren-

posten in der Arbeiterbewegung wie auch in der Gemeinde. Er ist einer der rührigsten und sich seiner Verantwortung bewusster Gewerkschaftler hier am Ort. — Die Zahlstelle Ludenwalde dankt dem Kollegen Paul Lehmann aufrichtig für seine treuen Dienste in derselben und wünscht, daß seine langjährige gewerkschaftliche Tätigkeit der Kollegenchaft, besonders aber den Jungen unter uns, zum Vorbild dienen möge.

Hamburg-Altona. Welcher Kollege kann uns die Adresse des Buchbinders Friedrich Müshahn, geboren am 24. November 1879 in Hannover, mitteilen?

Ortsverwaltung Hamburg-Altona. Thierbach.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Der neue Manteltarif für die Eisindustrie ist im Druck erschienen. Ein Exemplar ist allen Mitgliedern des Tarifausschusses und allen an diesem Tarif interessierten Zahlstellen unentgeltlich zugesandt. Weitere Exemplare werden auf Bestellung geliefert. Wir bitten die Gau- und Ortsverwaltungen, um möglichst weitgehenden Vertrieb des Tarifs bemüht zu sein.

Der Preis des Tarifes beträgt 35 Pf., einschließlich Porto für Zufendung.

Adressenänderungen.

B. = Bevollmächtigter; K. = Kassierer.
Kassel. B.: A. Kröber, Münderberger Str. 8 1/2.
K.: G. Bachmann, Fichtnerstr. 36 11.
Wittenberg. B. u. K.: R. Schwarz, Kurfürstenstr. 21, parterre.

Abrechnungen.

vom 2. Quartal gingen bis zum 13. Juli bei der Verbandskasse ein von:

- Berlin 25 732,95 Mk., Frankfurt a. d. O. 200,— Mk., — Gau Hanja 1700,— Mk., Hamburg-Altona 9800,— Mk., Lübeck 400,— Mk., Rüstingen-Wilhelmsbaven — Mk., Schwerin 202,30 Mk., — Gau Magdeburg — Mk., Uckersteben 3104,— Mk., Burg b. Magdeburg 332,50 Mk., Halberstadt — Mk., Magdeburg 2000,— Mk., Wittenberg 300,— Mk., — Hildesheim — Mk., — Münster — Mk., Wesel 70,— Mk., — Neuwied 210,— Mk., — Götting — Mk., Almenau 100,— Mk., Sonneberg 190,— Mk., Weimar 207,40 Mk., — Brandis 100,— Mk., Großenhain 270,— Mk., Weihen — Mk., Seiffenmersdorf 600,— Mk. = Ansbach — Mk., — Markt, Erlangen 6,30 Mk.

Inhaltsverzeichnis.

Die Freisetzung von Arbeitskräften: Die Folgen der Rationalisierung.
Entscheidung zu unseren Reichstariiverträgen.
W.B. Mit dem Verband Deutscher Buchbindereibesitzer ist ein neuer Reichstari abggeschlossen. — Wapppenindustrie.
Entscheidung des Tarifamtes für das deutsche Buchbindergewerbe (Mpl).
Die Arbeitslosigkeit, Wege und Aufgaben ihrer Bekämpfung.
Regierung, Reichstag und die Arbeitslosen.
Der Arbeitsmarkt im Juni.
Gewerkschaftsbewegung und Achttundentag.
Ansammlung oder Verband?
Maschinenherzen.
Die Einheitsfront der Gegenwart.
Für unsere Kolleginnen: Brüder, ans Werk (Gedicht) — Der Aufstieg der Arbeiterin — Die Organisierung der Frauen in England — Schutz der Frauen vor und nach der Niederkunft — Arbeitende Frauen, schütze euch vor den Unfallgefahren — Kinderzeugung, eine Kulturfrage für die Arbeiterschaft — Muttertag.
Der Arbeitsmarkt, kein Konjunkturbarometer.
Gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung in der Sowjetunion.
Die schwedische Pappindustrie.
Schaft leistungsfähige Krankenkassen!
Gewerkschaften als Besitzer großer Radiostationen.
Konferenz der Zahlstellen-Funktionäre des Gaues Hanja am 27. Juni 1926 in Hamburg.
Berichte: Ludenwalde — Hamburg-Altona.
Bekanntmachung des Verbandsvorstandes: 1. Der neue Manteltarif für die Eisindustrie — Adressenänderungen — Abrechnungen.